

NR. 2, JULI 2023

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **VERKEHR:** MILLIARDEN FÜR KLIMASCHUTZ STATT FÜR AUTOBAHNEN SEITE 5
- › **WIL WEST:** GRÜNE FORDERUNGEN FÜR MEHR NACHHALTIGKEIT SEITE 8-9
- › **DENKMALSCHUTZ:** REITHALLE ST.MORITZ VOR DEM ABRUCH RETTEN SEITE 12



NACHHALTIGE

REGIONALENTWICKLUNG

LIEBE GEHT DURCH DEN GARTEN.

Ihre Lieblingspflanzen jetzt in unserer Biogärtnerei
oder im biopflanzen-shop.ch

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

ZU WARM UNTERM DACH?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung
bleibt die Hitze draussen!

Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

für Küche, Haushalt, Bad, Garten,
Kleiderschrank und Geschenksideen
Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH

Herzklopien

Planung, Ausführung und
Unterhalt von Naturgärten
8577 Schönholzerswilen
Telefon 071 633 29 84
www.natur-gaerten.ch



GUT DÄMMEN IST AKTIVER KLIMASCHUTZ

Melden Sie sich unverbindlich für ein
Angebot. Wir beraten Sie gerne bei
Ihrem Projekt.

Dienstleistungen:

- Energetische Sanierungen mit nachhaltigen Materialien an Dach und Wand
- PV-Anlagen
- klassische Zimmerei und Holzbauarbeiten

Wezel Holzbau GmbH, 9410 Heiden

☎ 077 209 89 98

✉ info@wezel-holzbau.ch

🌐 www.wezel-holzbau.ch

WIR**KÖNNEN DAS!****Liebe GRÜNE**

Von Ende Juni 2023 bis Ende Juni 2024 darf ich den Glarner Landrat präsidieren: Als zweite GRÜNE nach Mathias Zopfi und als fünfte Frau. Ein Amt, auf das ich mich sehr freue – und auf das ich mich gewissermassen seit fünf Jahren vorbereite. Im Kanton Glarus nämlich ist für dieses Amt eine fünfjährige «Lehrzeit» notwendig, so zumindest nenne ich es: Vier Jahre als Stimmzählerin, ein Jahr als Vizepräsidentin. Meine Haltung somit zu diesem Amt: Ich kann das.

Aber auch ohne diese langjährige Vorbereitung würde ich zum gleichen Entscheid kommen: Denn wenn andere das können, kann ich es auch! Dabei helfen vor allem weibliche Vorbilder, v.a. auch weibliche Vorbilder der GRÜNEN Schweiz und des Kantons Glarus, die bei ähnlichen Aufgaben gezeigt haben: Sie können das.

Es braucht starke, feministische Stimmen

Grüne Umwelt- und Klimapolitik und insbesondere grüne «Frauenpolitik» haben mich vor über zwanzig Jahren anlässlich meines Umzugs von Graubünden nach Glarus dazu bewogen, den GRÜNEN beizutreten. Eine Partei, in der Frauen seit Beginn ganz selbstverständlich Ämter und Leitungspositionen innehatten und innehaben und eine Partei, die sich seit Beginn für eine grün-bunte, solidarische, gleichberechtigte, feministische Gesellschaft einsetzt.

Leider ist diese gleichberechtigte Gesellschaft in der Schweiz noch keine Realität – und darum braucht es starke feministische Stimmen und nach wie vor den Frauenstreik resp. den feministischen Streik. Wo unter anderem im Kanton Glarus Handlungsbedarf besteht, zeigen zwei Vorstösse der Jungen Grünen Glarus auf – mehr dazu auf Seite 10 dieser Ausgabe.

Während ich dieses Editorial schreibe, werden die Abstimmungsergebnisse zum Klimaschutzgesetz bekanntgegeben: Die Schweizer Stimmberechtigten sagen Ja zu mehr Klimaschutz. Zu diesem Ja hat auch der Einsatz der GRÜNEN entscheidend mitgewirkt: Gemeinsam können wir bewegen und verändern!

Regula N. Keller
Landratspräsidentin, Präsidentin GRÜNE GL
praesidentin@gruene-gl.ch

**OSTGRÜN NR. 2/2023**

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9001 St.Gallen

Juli 2023
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1750 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Maya Cramer (GR), Roland Müller (SH)

Autor*innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Daniela Furter, Toni Kappeler, Regula N. Keller, Sebastian Koller, Eva-Maria Kreis, Anita Mazzetta, Leana Meier, Franziska Ryser, Simon Vogel, Mathias Zopfi.

Gestaltung: Daniel Bosshard

Titelbild: Regio Wil
Porträtfotos S. 5 - 7: Béatrice Devènes

Druck: Druckerei Walpen, Gossau



Bild: Daniel Bosshard

BAUEN AUSSERHALB

DER BAUZONE

Der Nationalrat hat das Raumplanungsgesetz beraten und Verbesserungen vorgenommen, um das Baugebiet konsequenter von Nichtbaugebiet zu trennen. Der nationalrätliche Entwurf ist ein Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative, welche die GRÜNEN unterstützen.

Der wichtigste Grundsatz in der Raumplanung ist die Trennung zwischen Baugebiet und Nichtbaugebiet. Dies gilt seit 1972. Der Trend geht allerdings in eine andere Richtung. Gemäss neuester Statistik stehen in der Schweiz rund 618'000 Gebäude bzw. 36 Prozent der bebauten Flächen ausserhalb der Bauzone – Tendenz steigend.

Zwischen 2019 und 2022 hat die Zahl der Gebäude ausserhalb der Bauzone um über 20'000 zugenommen. Ehemalige Bauernhöfe wurden zu Wohnsiedlungen und Gewerbebauten stehen in Nichtbauzonen. Zwei Gründe führten zu diesem Resultat: Zum einen hat das Parlament das Gesetz mit immer mehr Ausnahmen ausgehöhlt und zum zweiten hat eine Reihe von Kantonen die Umsetzung sehr fahrlässig gehandhabt. Dieser Bauboom ausserhalb der Bauzone muss gestoppt werden.

Doppeltes Stabilisierungsziel

Im neuen Raumplanungsgesetz ist nun ein doppeltes Stabilisierungsziel bei Bauten und der Bodenversiegelung vorgesehen. Damit soll sowohl die Anzahl Gebäude ausserhalb der Bauzonen als auch die versiegelte Fläche begrenzt werden. Im Grundsatz bedeutet dies,

dass für jedes neue Gebäude ein altes Gebäude abgerissen werden muss. Als Anreiz ist eine Abrissprämie vorgesehen, damit jährlich mehrere Tausend ungenutzte Gebäude entfernt werden.

Das Stabilisierungsziel müssen die Kantone über ihre Richtpläne anhand eines Gesamtkonzeptes umsetzen und überprüfen. Es gilt eine fünfjährige Übergangsfrist. Bei Nichteinhalten sind Sanktionen vorgesehen.

Wohnhäuser im Landwirtschaftsgebiet

Und wie so oft in den letzten vierzig Jahren versuchen die Bürgerlichen auch diesmal Ausnahmen und Erleichterungen durchzudrücken. Besonders störend ist ein Artikel, der es ermöglichen soll, dass angebaute, nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Scheunen vollständig zu Wohnungen umgenutzt werden können, ja sogar abgebrochen und neu erstellt werden dürfen. Es geht notabene nicht um die Wohnbedürfnisse der Landwirtschaft, sondern um Investitionen in neue Mehrfamilienhäuser ausserhalb der Bauzone.

Dies hat äusserst negative Auswirkungen

auf Landschaft (z.B. Parkplätze) und Baukultur. Das Erscheinungsbild der Bauernhäuser mitsamt ihrer Umgebung wird zwangsläufig massiv

verändert. Solche Bauernhäuser werden zu attraktiven Immobilienobjekten. Die Landwirtschaft ist auf diesen Betrieben

nur noch nebensächlich.

Auch dank dem Einsatz der GRÜNEN konnte dieser Artikel im Nationalrat gestrichen werden. Als nächstes wird der Ständerat im Herbst darüber beraten. Es ist zu befürchten, dass die Abstimmung dazu sehr eng werden wird.

«Für jedes neue Gebäude muss ein altes Gebäude abgerissen werden.»



Kurt Egger
Nationalrat GRÜNE TG



Bild: istockphoto/olrat

MILLIARDEN FÜR KLIMASCHUTZ

STATT AUTOBAHNEN

Der Nationalrat hat 5,3 Milliarden Franken für Autobahnausbauten bewilligt. Aller Voraussicht wird im Herbst auch der Ständerat dieser Vorlage zustimmen. Verkehrspolitische Umweltorganisationen haben bereits angekündigt, dann das Referendum ergreifen zu wollen.

Die Bevölkerung hat das Klimaschutzgesetz mit grosser Mehrheit angenommen. Doch statt Massnahmen für einen klimafreundlichen Verkehr zu planen, hat der Nationalrat 5,3 Milliarden für neue Autobahnen gesprochen. Die Kapazitätserweiterungen werden lokal zu mehr Verkehr führen und die Verkehrswende verzögern.

«Je mehr Kapazität Strassen bieten, desto mehr Autos werden darauf fahren.»

Der Nationalrat hat in der Sommersession die Strassenprojekte der nächsten Jahre definiert: 5,3 Milliarden Franken sollen in neue Autobahnen fliessen. Kapazitätserweiterungen in St.Gallen (3. Röhre Rosenbergtunnel inkl. Spange Güterbahnhof), Schaffhausen (2. Röhre Fäsenstautunnel), Basel, Bern und am Genfersee sollen Staustunden reduzieren. Dafür sind Ausbauten bis zu acht Spuren vorgesehen. Ostgrün hat bereits im Juli 2022 darüber berichtet. Erfreulicherweise ist die Bodensee-Thurtalstrasse (BTS) weiterhin auf die lange Bank geschoben.

Verkehrsminister Röstli argumentierte, er wolle Strassen für die Zukunft bauen. Dann, wenn nur noch Elektroautos

auf der Strasse unterwegs sind, stelle der Verkehr keine Belastung für die Umwelt mehr dar. Eine Illusion der Autolobby: Er vernachlässigt dabei nicht nur die graue Energie bei der Produktion der Fahrzeuge, sondern auch die Umweltbelastung der Batterien sowie den erhöhten Strombedarf, der auch irgendwie gedeckt werden muss.

Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten
Die Verkehrsplanung des Bundes beruht noch immer auf den Plänen der 60er-Jahre. Heute jedoch zeigt die Forschung klar auf: je mehr Kapazität die Strassen bieten, desto mehr Autos werden darauf fahren. Das Angebot steigert die Nachfrage. Es ist illusorisch zu glauben, breitere Strassen wirken entlastend.

Die geplanten Strassenbauprojekte liegen alle in Städten und grösseren Agglomerationen, wo der Mehrverkehr das untergeordnete Strassennetz zusätzlich belasten wird. Dabei wären gerade diese Orte gut mit ÖV erschlossen. Der Ausbau der Nationalstrassen ist nicht gratis zu haben: 5,3 Milliarden,

die dringlicher gebraucht würden zur Bekämpfung der Klimakrise. Aber auch Boden geht verloren: Allein in Wankdorf sollen 13,4 Hektare Kulturland zubetoniert werden, um die Autobahn auf acht Spuren zu erweitern.

Alternativen sind bekannt

Es gibt Alternativen: Tempolimiten auf Autobahnen; Massnahmen zur Verkehrsvermeidung wie neue Arbeitsformen und intelligente Siedlungsentwicklung, die kurze Wege ermöglicht; attraktiven ÖV; intelligente Lenkungssysteme und Mobility Pricing.

Nun liegt es an der Bevölkerung, hier die notwendigen Korrekturen anzubringen. Wenn der Ständerat im Herbst diesen Projekten zustimmt, werden umverkehR und VCS das Referendum ergreifen. Die GRÜNEN werden dieses unterstützen – bist du auch dabei?



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



Bild: Daniel Bosshard

ARMUT IST KEIN VERBRECHEN – ERFOLG IM STÄNDERAT

Der Ständerat ist knapp und gegen die Mehrheit der zuständigen Kommission dem Nationalrat gefolgt und will, dass Sozialhilfebezug nicht mehr generell ein Wegweisungsgrund sein kann. Dies ist der überparteilichen Zusammenarbeit im Ständerat zu verdanken.

Sozialhilfe stellt das letzte Auffangnetz dar, wenn Armut droht. Sozialhilfe zu beziehen ist keine Schande. So etwas können nur Menschen glauben, welche die schwierige Situation von Betroffenen nie selbst erlebt haben.

Sozialhilfe zu beziehen ist aber noch viel weniger ein Verbrechen. Dennoch kann gemäss Ausländerrecht der Bezug von Sozialhilfe dieselbe Wirkung haben, wie wenn ein Verbrechen begangen worden ist. Es ist den Behörden nämlich möglich, den Aufenthaltstitel zu entziehen, wenn jemand Sozialhilfe bezogen hat. Das gilt nicht nur für missbräuchlichen Sozialhilfebezug, sondern ist auch bei legalem möglich. So kann jemand in der Schweiz geboren worden sein, ein Leben lang gearbeitet und Steuern bezahlt haben und dann, aus einer Notlage wie Stellenverlust heraus, auf Sozialhilfe angewiesen und damit betroffen sein.

Handlungsbedarf ist gegeben

Die zuständigen Behörden wenden diese Bestimmung meist verhältnismässig und zurückhaltend an. Doch es kann Einzelfälle geben, die problematisch sind. Zudem zeigt eine Studie auf, dass Ausländer*innen aus Angst,

ihren Aufenthaltstitel zu verlieren, keine Sozialhilfe mehr beziehen. Das läuft dem Zweck dieses wichtigen sozialpolitischen Instruments entgegen.

Nationalrätin Samira Marti (SP, BL) hat deshalb mit einem Vorstoss beantragt, die Gesetzgebung anzupassen. Neu soll eine Person, die seit zehn Jahren ununterbrochen und ordnungsgemäss in der Schweiz lebt, nicht mehr allein aufgrund des Bezugs von Sozialhilfe weggewiesen werden können. Ausgenommen ist, wenn der Bezug missbräuchlich erfolgt oder die Situation mutwillig herbeigeführt worden ist.

Zustimmung im Ständerat dank guter Taktik

Der Nationalrat ist diesem Ansinnen mit den Stimmen der GRÜNEN, der SP, der GLP und der Hälfte der Mitte gefolgt. Die ständerätliche Kommission hat zweimal abgelehnt. Nun hat der Ständerat das mit 23 zu 20 Stimmen korrigiert. Das Geschäft ist ein Beispiel dafür, wie man im Ständerat Erfolge erzielen kann. Unsere Mitglieder aus der Kommission, Lisa Mazzone und

ich, haben Gespräche geführt und Überzeugungsarbeit geleistet. Die SP und wir haben aber darauf verzichtet, das Geschäft im Rat zu vertreten. So

«Aus Angst, ihren Aufenthaltstitel zu verlieren, beziehen Ausländer*innen keine Sozialhilfe mehr.»

kam der Antrag für Zustimmung von Ständerat Stefan Engler (Mitte, GR), als Präsident von Caritas Graubünden

den mit dem Thema vertraut. Im Sinne der Sache haben wir uns zurückgehalten und auf die Mitte gesetzt. Politik heisst, im richtigen Moment mit den richtigen Menschen über das richtige Thema zu sprechen.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL



Bild: Solar Agentur Schweiz

THURGAUER

SOLAR-OFFENSIVE

Am 10. Mai 2023 präsentierten die GRÜNEN Thurgau zusammen mit ihren Partnern die Thurgauer Solarinitiative. Mit einer Solar-Offensive sollen geeignete Flächen bei Neubauten, umfassenden Sanierungen und Infrastrukturanlagen genutzt werden.

SVO. Die Solarenergie bietet das grösste Potenzial an erneuerbarer Energie und macht den Thurgau unabhängiger von Öl- und Gasimporten aus autokratischen Ländern. Auf den Dächern und an den Fassaden bestehender Gebäude besteht ein jährliches Solarpotenzial von über 3600 GWh. Dies entspricht dem Doppelten des Thurgauer Stromverbrauchs. Aktuell werden nur etwa 6 Prozent des bestehenden Potenzials genutzt.

Das grosse Potenzial nutzen

Um dieses Potenzial besser zu nutzen, muss eine Solar-Offensive gestartet und der Zubau beschleunigt werden. Hier will die Initiative auf effiziente Weise ansetzen. Dort wo sowieso gebaut wird, beim Neubau oder beim Sanieren von Gebäuden, soll auf den



Das Schulhaus Kastanienhof St. Margarethen bei Mönchlihen erhielt im 2018 einen Schweizer Solarpreis.

geeigneten Flächen eine Solaranlage installiert werden. Bei bestehenden Nichtwohnbauten und mit der Ausrüstung von Infrastrukturanlagen soll zusätzliches Potenzial erschlossen werden.

Klare Ziele – Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung

Die Initiative wurde bewusst als allgemeine Anregung formuliert und lässt Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung. Sie erteilt Regierung und Parlament den Auftrag das Gesetz über Energienutzung gemäss den vorgestellten Eckpunkten zu ergänzen. Bei anderen öffentlichen Interessen, wie Denkmalschutz oder Biodiversität, soll auf das Erstellen einer Solaranlage verzichtet werden können. Weitere Kriterien wie Statik, Wirtschaftlichkeit oder Netzanschluss sollen beim Beurteilen der Eignung von Flächen ebenfalls berücksichtigt werden und es soll die Möglichkeit geben, sich mit einer Kompensationsabgabe von der Verpflichtung zu befreien.

Mit der Initiative wird der Ausbau der Solarenergie im Thurgau entscheidend vorangebracht und die Versorgung mit lokaler, erneuerbarer Energie gestärkt.

Um die Initiative erfolgreich einzureichen, müssen bis zum 12. November 2023 im Thurgau 4000 Unterschriften gesammelt werden.

Weitere Information unter:
www.solar-initiative-tg.ch

INITIATIVTEXT

Das Gesetz über die Energienutzung des Kantons Thurgau (ENG; RB 731.1) ist gemäss den folgenden Aufträgen zu ergänzen:

1. Neubauten und umfassend sanierte Gebäude nutzen die geeigneten Flächen zur Energieversorgung mittels Photovoltaikanlagen (Solarstrom) oder Solarthermieanlagen (Solarwärme).
2. Nichtwohnbauten nutzen bis spätestens 2040 die geeigneten Flächen zur Energieversorgung mittels Photovoltaikanlagen (Solarstrom) oder Solarthermieanlagen (Solarwärme).
3. Geeignete Flächen auf oder an Infrastrukturanlagen werden für die Energieproduktion mittels Photovoltaikanlagen (Solarstrom) genutzt.



Bild: Regio Wil

GRÜNE FORDERUNGEN FÜR MEHR NACHHALTIGKEIT

Die Kantonsratsfraktionen der GRÜNEN Thurgau und der GRÜNEN Kanton St.Gallen haben ein gemeinsames Positionspapier zur Arealentwicklung Wil West erarbeitet. Dieses enthält verschiedene Forderungen für mehr Nachhaltigkeit. Dessen Veröffentlichung fand breite Beachtung in den Medien.

SKO. Das Grossprojekt Wil West umfasst neben der Einzonung und baulichen Entwicklung eines Arbeitsplatzgebietes einen neuen Autobahnanschluss samt Zufahrtsstrassen, Infrastrukturen für den öffentlichen Verkehr sowie neue Verbindungen für den Fuss- und Veloverkehr. Das heute landwirtschaftlich genutzte Areal liegt auf Thurgauer Boden, befindet sich jedoch im Eigentum des Kantons St.Gallen. In der Volksabstimmung vom 25. September

2022 haben die St.Galler Stimmberechtigten einen Sonderkredit für die Arealentwicklung abgelehnt. Die GRÜNEN hatten sich mit Teilen der SP und der SVP für ein Nein stark gemacht. Damit das Projekt dennoch realisiert werden kann, möchte die St.Galler Regierung die Grundstücke nun an den Kanton Thurgau verkaufen. In beiden Kantonen müssen voraussichtlich die Parlamente dem Landverkauf zustimmen.

GRÜNE gehen in die Offensive

Die Kantonsratsfraktionen der GRÜNEN haben sich intensiv mit der Frage beschäftigt, ob und unter welchen Bedingungen sie die Weiterverfolgung des Projekts Wil West unterstützen würden. An einer Medienkonferenz Ende Juni stellten sie ein gemeinsames Positionspapier mit elf konkreten Forderungen vor. Mit ihrem proaktiven und kantonsübergreifend abgestimmten Positionsbezug ist es den GRÜNEN gelungen, sich von den anderen Parteien abzuheben und den Fokus der Debatte auf die Nachhaltigkeitsaspekte von Wil West zu lenken. Die Anwesenheit von Vertreter*innen der Regio Wil und des Kantons Thurgau an der Medienkonferenz deutet darauf hin, dass seitens der Projektverantwortlichen ein ernsthaftes Interesse an den Vorschlägen der GRÜNEN besteht.

Planungen überarbeiten

Sowohl im Kanton St.Gallen als auch im Kanton Thurgau haben die GRÜNEN bisher eine konstruktiv-kritische Haltung gegenüber dem Projekt Wil West eingenommen. Mit dem Positionspapier bekräftigen sie diesen Kurs und signalisieren Unterstützung für das Vorhaben, sofern dieses gemäss



v.l.n.r.: Sebastian Koller, Sandra Reinhart, Kurt Egger und Michael Sarbach an der Medienkonferenz zu den Forderungen der GRÜNEN für das Grossprojekt Wil West.

dem Forderungskatalog (siehe Kasten) überarbeitet wird. In der bisher geplanten Form erfüllt Wil West die Anforderungen an ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Projekt nicht. Begrüssenswert ist jedoch die Grundidee, die Wirtschaftsentwicklung auf regionaler Ebene abzustimmen und auf geeignete Standorte zu konzentrieren, um eine weitere Zersiedelung zu verhindern.

Kulturlandverlust kompensieren

Der Kulturlandverlust war ein Hauptargument, das zur Ablehnung des Sonderkredits führte. Diese Sorge der Bevölkerung muss ernst genommen werden. Es genügt nicht, wenn die Gemeinden der Regio Wil zugunsten von Wil West auf eigene Neueinzonungen verzichten. Die GRÜNEN verlangen eine echte Kompensation des Kulturlandverlustes, indem eingezonte, aber noch nicht überbaute Flächen an schlecht erschlossenen Lagen wieder ausgezont werden. Gefragt ist eine langfristige Strategie, um eine wirtschaftliche Entwicklung der Region zu ermöglichen, ohne dass dafür immer mehr Kulturland geopfert werden muss. Eine zentrale Forderung im Positionspapier ist deshalb, bei der Schaffung von Arbeitsplatzgebieten nicht nur auf Wil West zu setzen, sondern in erster Priorität das Innenverdichtungs-

potenzial im bestehenden Siedlungsgebiet zu nutzen.

Verbindliche Nachhaltigkeitsstandards

Bereits bei der Beratung des Sonderkredits in St.Galler Kantonsrat haben die GRÜNEN gefordert, dass Bau und Betrieb des Arbeitsplatzgebietes klimaneutral sein müssen. Dem entsprechenden Antrag hatte der Kantonsrat eine Abfuhr erteilt. Nun haben die Regierungen angekündigt, dass sie eine Zertifizierung des Areals nach dem «Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz» anstreben. Damit nehmen sie eine wichtige Forderung aus dem Positionspapier vorweg. Die GRÜNEN werden sich jedoch nicht mit Absichtserklärungen begnügen, sondern auf verbindliche Festlegungen pochen.

Weniger Autoverkehr

Einer grundlegenden Verbesserung bedarf das Projekt nicht zuletzt in Bezug auf die Mobilität. Die bisherige Erschliessungsplanung sieht einen Modalsplit-Anteil des motorisierten Individualverkehrs von 60 Prozent vor. Dieses Ziel ist alles andere als fortschrittlich und liegt sogar über dem Wert von 55 Prozent, welcher gemäss Agglomerationsprogramm für die Gesamtregion angestrebt wird. Damit Wil West auch punkto Verkehr

als Vorzeigeprojekt gelten kann, muss die Erschliessung auf einen viel höheren Anteil des ÖV sowie des Fuss- und Veloverkehrs ausgelegt sein. Die Infrastruktur für den motorisierten Verkehr ist zu redimensionieren, um eine zusätzliche Verkehrsbelastung der Region zu vermeiden.

FORDERUNGEN DER GRÜNEN

- A) Konzeptionelle Überarbeitung als Bedingung für einen Landverkauf
- B) Ehrliche Kommunikation und offener Umgang mit Kritik
- C) Arealentwicklung Wil West mit Innennentwicklungsstrategien abstimmen
- D) Ausrichtung auf die Entwicklungsbedürfnisse der regionalen Wirtschaft
- E) Kulturlandverlust minimieren – Einzonungsverzicht und Auszonungen sicherstellen
- F) Mittel- und langfristige Perspektiven der Siedlungsentwicklung aufzeigen
- G) Arbeitsplatzgebiet und Wohnraum koordiniert entwickeln
- H) Konsequente Ausrichtung auf umweltschonende Verkehrsträger
- I) Redimensionierung der Strasseninfrastruktur
- J) Betriebs- und Gestaltungskonzepte für Wiler Hauptverkehrsachsen priorisieren
- K) Verbindliche Nachhaltigkeitsstandards für Bau und Betrieb

Positionspapier unter:

www.gruene-sg.ch/wilwest



FERTIG SCHNECKENTEMPO!

MEHR GLEICHSTELLUNG

Die Jungen Grünen Glarus wollen mehr Tempo bei der Gleichstellung im Kanton Glarus. Deshalb nahmen sie den 14. Juni 2023 zum Anlass, gleich zwei Motionen im Landrat einzureichen. Unter anderem fordern sie bessere Schutzmassnahmen für Betroffene von häuslicher Gewalt.

EKR/LME. 95 Jahre ist es her, seitdem 1928 eine gigantische Schnecke mit dem Namen «Fortschritte des Frauenstimmrechts in der Schweiz» nach Bern transportiert worden ist. In der Zwischenzeit sind grosse und wichtige Meilensteine erreicht worden, aber noch immer leben wir in einer Welt geprägt von Unterschieden und Ungerechtigkeit. Von einer tatsächlichen Chancengleichheit aller Geschlechter sind wir weit entfernt: So anerkennt die Schweiz bis heute kein drittes Geschlecht, Frauen erhalten mindestens einen Drittel weniger Rente, der Kanton Glarus schickte bisher nur Männer nach Bundesbern und die Frauenquoten in den politischen Gremien

des Kantons überschreitet nirgends die 25 Prozent Marke. Es gibt noch viel, zu viel, das zu erkämpfen bleibt.

Zwei Motionen und ein Ziel: Vorwärts machen

Die Jungen Grünen Glarus haben anlässlich des feministischen Streiktages also gleich zwei Motionen eingereicht: Es geht einerseits um handfeste Zahlen und Fakten zum Stand der Gleichstellung im Kanton und andererseits um bessere Schutzmassnahmen für Betroffene von häuslicher Gewalt. Eine verlässliche Datengrundlage ist die Voraussetzung für jede zielgerichtete und effiziente Gleichstellungsarbeit. Die Jungen Grünen fordern deshalb öffentlich zugängliche und in einem Bericht aufbereitete Daten für die Bereiche Bildung, Arbeit, Lohn, Rente, Vereinbarkeit, Politik/Gerichte und sexualisierte Gewalt.

Zusätzlich sollen umgehend effektive Verbesserungen angestrebt werden im Bereich Schutzmassnahmen für Betroffene häuslicher Gewalt. So sollen Wegweisungen um bis zu drei Monaten durch das Zwangsmassnahmengericht verlängert werden können und Annäherungs-, Kontakt- und Rayonverbote

sollen zum Schutz der Opfer durch die Polizei angeordnet werden können. Auch fordern die Jungen Grünen, dass die Täter*innenarbeit mehr in den Fokus rückt und allfällig Betroffene Kinder und Jugendliche nicht aus den Augen verloren werden. Deshalb soll die Polizei in entsprechenden Fällen nicht nur die Opferhilfe automatisch informieren, sondern eben auch die Gewaltberatung und eine Beratungsstelle im Kinderschutz.

Feminismus geht alle an

Zusammen mit Unterzeichnenden aus allen Parteien haben die Jungen Grünen die beiden Motionen eingereicht. Sie finden: Feminismus geht alle an – genauso wie der Klimaschutz. Und das eine lässt sich nicht ohne das andere denken. In der Welt, die wir hinterlassen, soll unser Lebensraum auch künftig lebenswert bleiben und die Chancen, die verteilt werden, sollen wirklich für alle die gleichen sein.



Die Schnecke – viel Symbolgehalt und wenig Tempo.



ERNÄHRUNG –

EIN ROTES TUCH

Im Februar 2023 wurde das Postulat von Daniela Furter «Ernährungsstrategie für Schaffhausen» deutlich abgelehnt. Die Diskussion im Grossen Stadtrat war hitzig und emotional. Doch nicht nur die Voten der SVP und FDP waren laut und kritisch, sondern auch die von der SP und der GLP.

Die Ernährung belastet die Umwelt und das Klima massgeblich. 30 Prozent der Gesamtumweltbelastung in der Schweiz wird durch die Ernährung verursacht. Die Klimastrategie der Stadt Schaffhausen lässt das Thema Ernährung unangetastet, obwohl ein Drittel der Treibhausgasemissionen auf die Ernährung zurückzuführen ist. Auch eine weitere Zahl ist bemerkenswert: Foodwaste ist für 7 Prozent des gesamten ökologischen Fussabdrucks der Schweiz verantwortlich. Wie ist es möglich, einen der wichtigsten Hebel einfach zu ignorieren? Dem entgegen zu wirken muss ein Ziel sein und hätte mit diesem Postulat angepackt werden können.

Grosses Potenzial vorhanden

Das Potenzial ist riesig: städtische Mittagstische, Kindertagesstätte, Altersheime und Schulkantinen verpflegen täglich hunderte hungrige Mäuler. Wie können wir für möglichst kurze Wege zwischen den Landwirtschaftsbetrieben und den verschiedenen Küchen sorgen? Wie kann die Schaffhauser Landwirtin ihre zu gross geratenen Kartoffeln unkompliziert an städtische Küchen liefern? Wieso landen die regionalen krummen Rüebli

und die Äpfel mit Schorf nicht auch in den städtischen Verpflegungseinrichtungen anstatt in der Biogasanlage? Warum wird an Apéros der Stadt Orangensaft anstatt Traubensaft aus der Region ausgeschenkt? Wieso steht das Fleischmenu immer an oberster Position der Speisekarte, wieso ist es möglich, im Altersheim dreimal am Tag Fleisch zu essen und wo bleiben die Bioprodukte?

Übermässiger Fleischkonsum

Das oberste Gebot einer gesunden Ernährung ist und bleibt, abwechslungsreich zu essen und dabei überwiegend pflanzliche Lebensmittel zu verzehren. In der Schweiz beträgt der Fleischkonsum rund 50 Kilogramm pro Jahr. Dies entspricht der dreifachen von der schweizerischen Gesellschaft für Ernährung empfohlenen Menge. Mit genussvollen und gesünderen Mahlzeiten kann in der Gemeinschaftsgastronomie für eine bessere Gesundheit der Bevölkerung gesorgt werden.

Wieso wird im Kochunterricht in den Schaffhauser Schulen vor allem die Zubereitung von Fleisch vermittelt? Ist es nicht zentral, dass Kinder von Anfang an lernen, wie man sich genussvoll,

abwechslungsreich, regional und pflanzenbasiert ernähren kann?

So viele Fragen sind offen, die mit einer Ernährungsstrategie hätten gelöst werden und zur Kreislaufwirtschaft beitragen können. Eine verpasste Chance! Hier ist auch klar zu sehen, welche Partei sich der drohenden Klimakrise voll und ganz bewusst ist, die auf allen Ebenen Handlungsbedarf sieht und die unbequemen Themen nicht ausser Acht lässt. Klar sind das die GRÜNEN!



Daniela Furter
Grossstadträtin GRÜNE SH



Bild: Giancarlo Cattaneo

REITHALLE ST.MORITZ

VOR DEM ABBRUCH RETTEN

Die GRÜNEN Graubünden und «Freunde Reithalle St.Moritz» wollen die alte Reithalle in St.Moritz vor dem Abbruch retten. Mit einer Petition fordern sie den Gemeindevorstand auf, das Kulturobjekt unter Denkmalschutz zu stellen. Mittelfristig soll die Reithalle zum Kulturzentrum werden.

AMA. Im Jahr 2013 hat die Gemeinde St.Moritz den Betrieb der 113-jährigen Reithalle wegen Einsturzgefahr eingestellt. Seitdem ist die leerstehende Reithalle ein Politikum in St.Moritz. Die IG ArtSud rund um den Künstler und Unternehmer Alf Bolt lancierte im Jahr 2018 eine Idee für ein Kulturzentrum in der schützenswerten Reithalle. Das Nutzungs- und Betriebskonzept «Seepferd» nahm der Gemeindevorstand von St.Moritz damals interessiert zur Kenntnis.

«Die Reithalle ist der einzige repräsentative Ort in St.Moritz, wo ein Kulturtreffpunkt entstehen kann.»

Reithalle als Kulturzentrum

Die Gemeinde St.Moritz trieb die Idee für eine Neunutzung der Reithalle voran und unterbreitete schliesslich der Stimmbewölkerung einen Kredit über 15.3 Millionen Franken für die Sanierung der Reithalle. Im November 2022 lehnten die St.Moritzer*innen den Kredit jedoch mit 675 Nein- zu 627 Ja-Stimmen knapp ab. Mit ein Grund waren die hohen Kosten.

Für den GRÜNEN Alf Bolt eine herbe Enttäuschung. Die Idee eines Kultur-

zentrums will und kann er jedoch nicht aufgeben: «Die Reithalle ist der einzige repräsentative Ort in St.Moritz, wo ein Kulturtreffpunkt entstehen kann. Die Lage am See ist fantastisch und die Akustik aussergewöhnlich

gut». Nach dem NEIN zum Kulturzentrum muss die schützenswerte Reithalle darum vor dem Abbruch gerettet werden, denn ein Plan B hat die Gemeinde nicht.

Petition will Abriss verhindern

Die GRÜNEN Graubünden und «Freunde Reithalle St.Moritz» reichten darum eine Petition ein. Diese fordert die Gemeinde auf, die Reithalle unter kantonalem Denkmalschutz zu stellen. Für Alf Bolt ist klar: «Die Unterschutzstellung ist die letzte Chance, die Reithalle für ein Kulturzentrum zu retten.» Der Initiant der Idee für ein Kulturzentrum in der Reithalle ist nach wie vor vom eigenen Finanzierungskonzept überzeugt. Dieses sieht eine Sanierung der Reithalle mit Beteiligung von Kanton, Region, Gemeinde und Private als Gönner oder als Donatoren vor.



Alf Bolt
Mitglied GRÜNE GR
Künstler, Unternehmer

umfassendes Tee- & Kräutersortiment
pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel

transparent & verantwortungsbewusst
plastikfrei oder unverpackt
überwiegend bio & vegan
seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt
mit Code OstGruen

online oder Ladeneinkauf
teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwilen 071 667 09 03



NEUE GRÜNE

REGIONALPARTEIEN

Die GRÜNEN verzeichnen seit 2019 einen hohen Mitgliederzuwachs. Dieser Zuwachs führt auch zu Neugründungen von Regionalparteien – auch in eher ländlich geprägten Regionen der Schweiz. Im Ostgrün-Land sind vor Kurzem die GRÜNEN Sarganserland und die VERDA Surselva gegründet worden.

DBO. Das Sarganserland ist eines der ländlich geprägtesten Wahlkreise des Kantons St.Gallen. Bei den Nationalratswahlen 2019 erreichten die GRÜNEN hier den tiefsten Stimmenanteil im Vergleich zu den anderen Regionen. Dennoch ist es wichtig, dass die grünen Wähler*innen auch in diesen Regionen eine Stimme haben. Die Kantonalpartei hat sich daher zum Ziel gesetzt, in allen Wahlkreisen mit eigenen Regionalparteien vertreten zu sein.

Grosses Interesse am Infoabend

Um dies zu erreichen, wurde Anfang Februar in Sargans ein Infoabend für interessierte Personen durchgeführt. Kantonalpräsident Daniel Bosshard und Nationalrätin Franziska Ryser konnten 12 interessierte Personen aus verschiedenen Gemeinden der Region begrüßen. Bereits am Infoabend zeigte sich bei den Anwesenden eine grosse Motivation zur Gründung einer Regionalpartei im Sarganserland. Kurz darauf wurde mit den Vorbereitungen zur Neugründung gestartet.

Breit aufgestellter Vorstand

Am Donnerstag, 27. April fand im Generationenhaus Novellas in Vilters-Wangs die Gründungsversammlung der

Titelbild, v.l.n.r.: Kathrin Wurz, Loredana Kocher, Raphael Pichonnat (Co-Präsident), Anita Wyss (Co-Präsidentin), Andreas Reber, Serafin Wellinger.

GRÜNEN Sarganserland statt. Als Gastredner wurde aus dem benachbarten Kanton Glarus Ständerat Mathias Zopfi eingeladen. Mit verschiedenen Ratschlägen zeigte er dem künftigen Vorstand, wie sie auch in einer ländlichen Region erfolgreich Politik machen kann. Gleich sechs Personen stellten sich für den Vorstand zur Verfügung (siehe Titelbild). Das Co-Präsidium wurde mit Anita Wyss (Vilters-Wangs) und Raphael Pichonnat (Bad Ragaz) besetzt.

Nun bestehen in sieben von acht Wahlkreisen des Kantons St.Gallen grüne Regionalparteien. Im Wahlkreis Werdenberg wird ebenfalls aktuell die Gründung einer Regionalpartei angestrebt, wofür noch Vorstandsmitglieder gesucht werden.

Neue Regionalpartei in der Surselva AMA. VERDA Surselva – das klingt nicht nur schön, das ist auch ein Versprechen! Am 18. Juni wurde die GRÜNE Regionalpartei in Ilanz gegründet. Gewählt wurden Roman Keller und Celine Hulliger (Co-Präsidium), Anna Gredig und Anian Camathias (Vorstandsmitglieder). Das öffentliche Startfest findet am 4. September zum Thema wertschöpfender Tourismus und zu den bevorstehenden Nationalratswahlen statt.

Wohnst du in der Surselva? Die Regionalpartei braucht Mitglieder und Sympathisant*innen. Kontakt: info@gruene-gr.ch.



Vorstand VERDA Surselva, v.l.n.r.: Roman Keller (Co-Präsident), Celine Hulliger (Co-Präsidentin), Anna Gredig und Anian Camathias.



FRISCHER WIND

BEI DEN GRÜNEN FRAUEN

Ticker Thurgau: Nicole Rüegg und Cornelia Hauser sind die neuen Leiterinnen der Grünen Frauen Thurgau. Die GRÜNEN TG feiern Erfolge bei den Exekutivwahlen und verlieren Sitze bei den Parlamentswahlen. Erstmals treten die GRÜNEN TG mit vier Listen zu den Nationalratswahlen an.

KEG. Nicole Rüegg (Titelbild, rechts) aus Gachnang und Cornelia Hauser (links) aus Weinfelden übernehmen neu die Leitung der Grünen Frauen Thurgau. Ihren ersten Auftritt hatten sie bereits am feministischen Streik am 14. Juni erfolgreich über die Bühne gebracht.

Brigitta Engeli und Heidi Heine haben die Leitung der Grünen Frauen ab ihrer Gründung im Februar 2019 an die Hand genommen und einige Aktionen durchgeführt. Höhepunkt war die Übergabe einer Botschaft mit Forderungen an den Thurgauer Regierungsrat im Rahmen des Frauenstreiks 2019. «Es ist nun an der Zeit, die Leitung in neue Hände zu übergeben» kommentiert Heidi Heine.

Die GRÜNEN Thurgau danken den abtretenden ganz herzlich für die Aufbauarbeit und wünschen den Neuen viel Erfolg und Rückenwind bei ihren Aktionen.

Kommunalwahlen

Zwischen September 2022 und April 2023 sind im ganzen Kanton die Gemeindebehörden neu gewählt worden. Die Bilanz der GRÜNEN ist durchzogen.

Sehr erfolgreich schnitten die GRÜNEN bei den Exekutivwahlen ab. Sämtliche Sitze konnten bestätigt werden. Bernhard Braun ist weiterhin Gemeindepräsident in Eschlikon. Didi Feuerle erreichte in Arbon das beste Resultat aller Stadträt*innen. Sandra Reinhart wurde als Stadträtin in Amriswil und Mathis Müller als Gemeinderat in Pfyn wiedergewählt. Die GRÜNE Tanja Baer ist neue Schulpräsidentin in Münchwilen (siehe Interview, S. 15). Sie kandidiert auch für den Nationalrat.

Die GRÜNEN Thurgau gratulieren den Neu- und Wiedergewählten ganz herzlich.

Bei den städtischen Parlamentswahlen gingen für die GRÜNEN einige Sitze verloren: je ein Sitz in Arbon (von zwei Sitzen) und in Frauenfeld (von drei). In Weinfelden konnten die beiden Sitze gehalten werden. Speziell ist die Situation in Kreuzlingen, wo die GRÜNEN zusammen mit der Freien Liste kandidierten. Leider sind alle drei GRÜNEN nicht wiedergewählt worden (von insgesamt acht Sitzen). Besonders ärgerlich ist die Tatsache, dass alle Sitze nur um wenige Stimmen verloren gingen.

Nationalratswahlen

Die GRÜNEN treten mit vier Listen zu den Nationalratswahlen an. Hauptliste: Kurt Egger, Sandra Reinhart, Peter Dransfeld, Karin Bétrisey, Simon Vogel und Cornelia Hauser. Grüne Panther: Toni Kappeler, Erika Hanhart, Jost Rüegg, Inge Noesberger, Peter Wildberger und Gaby Zimmermann. Landwirtschaft mit Zukunft: Simon Weilenmann, Roland Lenz, Tanja Baer, Corinne Bertschi, Andrés Halter und David Meister. Junge Grüne: Emilia Freienmuth, Nils Rüegg, Simone Reinhart, Elliot Walliser, Hope Läubli und Raphael Zingg. Ostgrün publiziert im September 2023 eine Spezialausgabe zu den eidgenössischen Wahlen.



Bild: Coralie Weilenmann

NACHGEFRAGT BEI

TANJA BAER

Mit Beginn des neuen Schuljahres 2023/24 wird Tanja Baer Präsidentin der Schule Münchwilen. Die Nationalratskandidatin gibt uns einen Einblick in ihr Leben und in ihre bevorstehende Tätigkeit als Schulpräsidentin. Befragt hat sie Toni Kappeler.

Schulpräsidentin! Da ist doch die Frage erlaubt: Hast du Kinder? Oder beruflich mit Kindern zu tun?

Ich habe drei erwachsene Kinder und habe beruflich sehr viel mit Kindern zu tun. So begleite ich in meinem Kleinheim Kinder mit Schulabsentismus. Ziel ist es, dass sie sich wieder in die reguläre Schule eingliedern können.

Dann erzähl doch bitte aus deinem beruflichen Alltag!

Ich arbeitete bis März 2023 an der Strukturierung der Tagesschulen der Stadt Zürich, zudem gehörten Kriseninterventionen und Coaching zu meinen Aufgaben. Heute begleite und unterrichte ich Kinder und Jugendliche im Kleinheim. Ich habe einen kleinen Demeterhof und die langjährige Gesundheitspraxis, welche Jugendlichen Therapie und Fitness ermöglicht. Diese drei Bereiche greifen vernetzt ineinander.

Wow! Ganz schön viel... Da stellt sich die Frage: Wie hat da noch ein Schulpräsidium Platz?

Meine Arbeit in Zürich habe ich beendet. Und in meinem Unternehmen bin ich zunehmend im Management tätig. Doch, das Schulpräsidium hat nun

Platz in meinem Leben, zumal der Bereich Landwirtschaft mir als Ausgleich dient. Ich brauche also kein zeitraubendes Hobby!

Und was reizt dich, dieses Schulpräsidium zu übernehmen?

Ich freue mich generell auf Herausforderungen; erhält lebendig! Und Kinder liegen mir am Herzen.

Und warum bei den GRÜNEN?

«Grün» war ich schon als Kind; Tiere, Pflanzen retten...! Später habe ich in Mittelamerika im Bereich Umweltschutz gearbeitet und war in Australien in einem Ökologie-Projekt tätig. Nachhaltigkeit ist für mich ein Lebens-thema.

Die Schulbehörde ist eine Exekutive. Denkst du, du kannst hier grüne Anliegen einbringen?

Als Schulpräsidentin muss ich und will ich offen sein und allen gerecht werden. Das steht an erster Stelle! Viele grüne Anliegen sind aber heute schon in der Schule präsent: Abfallbewirtschaftung, energiebewusstes Leben, Umweltthemen... Dies kann sanft verstärkt werden.

Wie hast du den ersten Kontakt mit der Schulbehörde Münchwilen erlebt?

Ich war positiv überrascht, wie offen ich aufgenommen wurde. Ich freue mich auf die Aufgabe.

Habe ich noch etwas Wichtiges vergessen? Erzähl doch!

Ja, ich bin ein Familienmensch. Ich habe guten Kontakt mit meinen Söhnen, meiner Tochter, mit ihren Partnerinnen und den Enkeln. Und, der respektvolle Umgang mit Mensch, Tier und Natur ist zentral! Gehen wir achtsam mit uns selbst und miteinander um!

Die Redaktion des OSTGRÜN wünscht Tanja Baer einen guten Start ins Amt als Schulpräsidentin!

ZUR PERSON

Tanja Baer ist 1968 geboren. In Zürich aufgewachsen, wohnt sie seit 25 Jahren in der Region Wil SG und seit November 2022 in Münchwilen. Zu ihrer breiten Palette von Ausbildungen gehören ein Studium der Sozialpädagogik FH Zürich sowie der Master Institutionsleitung FHS SG.

Tanja kandidiert für die GRÜNEN für den Nationalrat, auf der Liste «Landwirtschaft mit Zukunft».



GRÜNE KANTON SG FEIERN GEBURTSTAG

Vor 40 Jahren wurden die GRÜNEN Kanton St.Gallen gegründet und im gleichen Jahr gab es erstmals eine Nationalratsliste (GRAS). Das ist ein Grund zum Feiern!

Am **Freitag, 25. August 2023** kommen wir deshalb in der **Aula Goldach** zusammen und freuen uns gemeinsam über 40 Jahre Geschichte und motivieren uns für die kommenden Herausforderungen.

Alle, die sich mit den GRÜNEN verbunden fühlen, sind herzlich willkommen!

OSTGRÜNE: ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- GRÜNE Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.gruene-gr.ch
info@gruene-gr.ch
- GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen
Postfach
9001 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

Programm

18.00 Uhr	Beginn, Begrüssung, Timeline-Show
19.15 Uhr	Buffet Habibi, orientalische Spezialitäten
20.00 Uhr	Ansprachen, Anekdoten aus 40 Jahren
20.30 Uhr	Konzert mit Markus Rüeeger & GreenTrees
anschliessend bis 00.00 Uhr	Disco Piccolo Green Team

Mehr Infos und Anmeldung unter:

www.gruene-sg.ch/40jahre

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 3/23
1. November 2023

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- **Samstag, 19.8.** 9.00 bis 13.00 Uhr Sommer-Mitgliedertreff, Room Tomorrow, Burgstrasse 26, Glarus

Graubünden

www.gruene-gr.ch

- **Montag, 4.9.** Gründungsfest VERDA Sur-selva

Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- **Donnerstag, 31.8.** Mitgliederversammlung GRÜNE SH

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- **Dienstag, 1.8.** 11.00-14.00 Uhr 1. August-Feier mit Franziska Ryser, Botsberg Flawil, Flawil
- **Samstag, 12.8.** Ausserordentliche Mitgliederversammlung GRÜNE SG
- **Freitag, 25.8.** ab 18.00 Uhr 40 Jahre-Feier GRÜNE Kanton SG, Aula Goldach, Schülerstrasse 2, Goldach
- **Samstag, 26.-27.8.** Grüne Beiz am Stadtfest Rapperswil-Jona, GRÜNE Rapperswil-Jona

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- **Dienstag, 1.8.** 19.30 Uhr 1. August-Rede mit Kurt Egger in Aadorf
- **Dienstag, 1.8.** 1. August-Rede mit Kurt Egger in Steckborn
- **Freitag, 15.9.** 18.30 Uhr Garten-Party mit a capella-Konzert, Säntisstrasse 4a, Kreuzlingen
- **Samstag, 23.9.** 10.00 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE TG mit Aline Trede (Fraktionspräsidentin GRÜNE CH), Rest. Löwen, Sömmeri
- **Donnerstag, 28.9. bis Montag, 2.10.** WEGA Weinfeld, Stand GRÜNE TG
- **Mittwoch, 4.10.** 18.00 Uhr Vortrag Kreislaufwirtschaft, Huber Recycling, Sommerstrasse 18, Amriswil
- **Sonntag, 7.1.2024** 10.00 Uhr 40 Jahre GRÜNE TG, Amriswil

Ostschweiz und National

- **Mittwoch, 23.8.** OstTalk live, Kanton SG
- **Samstag, 26.8.** DV der GRÜNEN CH, Bern
- **Freitag, 8.9.** OstTalk live, Kanton TG
- **Samstag, 30.9.** Nationale Klimademo, Bern
- **Donnerstag, 5.10.** OstTalk live, Kanton GL
- **Freitag, 6.10.** OstTalk live, Kanton GR